

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in München

Pressekonferenz am 22. März 2016

Statement von Norbert J. Huber, Sprecher

Die momentane Stimmungslage zur Flüchtlingssituation macht uns große Sorgen. Wir sind über die Landespolitik in Sachen Flüchtlinge sehr verärgert. Die Landespolitik suggeriert, dass das Land mit dem Zustrom von Flüchtlingen völlig überfordert ist. Sie bietet als einfache Lösung die Abschottung an. Dies hat keinen Bestand vor dem Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir unterstützen die Politik, die europäische Regelungen anstrebt. Wir warnen diejenigen Politiker, die ständig auf die Parole „das Boot ist voll“ abheben und keinen Beitrag zu tatsächlichen Problemlösungen leisten. Dies unterstützt Rechte Kreise und schürt Ängste in der Bevölkerung, oft gerade bei den Menschen, die wenig mit Flüchtlingen zu tun haben.

Wir Wohlfahrtsverbände gestalten die soziale Situation in diesem Land erheblich mit. Wir sehen die Not der Menschen nach Flucht und Vertreibung und sind tatkräftig aktiv: international bis zur Ankunft in Deutschland, bei der Organisation des Ankommens und bei der Integration. Wir werden dabei von sehr vielen Ehrenamtlichen und Freiwilligen unterstützt, die diesen Menschen helfen wollen.

Es ist zum Teil unerträglich, wie vor allem die Spitze der bayerischen Politik fast jeden Tag betont, wie unzufrieden sie mit der Bundespolitik ist und dabei ebenso täglich in die bundesweite Presse gelangt. Aktuell wird gefordert, dass das Parlament entscheiden soll. Die Staatsregierung tut gerade so, als wenn sie nicht Bestandteil dieses Parlamentes wäre und nicht jederzeit Anträge zur Lösung stellen könnte. Jeden Tag Obergrenzen fordern und keine humanen Lösungen haben!

Ich will nichts verharmlosen. Für eine lange Zeit werden viele Menschen nach Deutschland kommen, um hier Schutz vor Verfolgung und Bürgerkrieg zu suchen oder um eine Lebensperspektive für sich und ihre Familien zu finden. Eine große Zahl von Menschen wird als Flüchtlinge bleiben dürfen, möglicherweise Hunderttausende jedes Jahr. Deutschland wird sich verändern.

Wir stehen vor riesigen Herausforderungen. Aber wer, wenn nicht wir mit unseren hervorragenden Wirtschaftszahlen in Deutschland, sollten dieser Aufgabe gewachsen sein. Als Sozialverbände fordern wir einen humanen und christlichen Umgang mit den Flüchtlingen und ihren Angehörigen ebenso wie eine Politik, die die Unterschiede zwischen Arm und Reich abbaut. Der Zustrom von Flüchtlingen ist für diese Unterschiede nicht die Ursache, er verschärft nur die Probleme dieser bestehenden Unterschiede.

Ich möchte hier auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung von Mitte Februar hinweisen, nach der sich auch in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU mehr als 50 Prozent der Befragten für eine faire Verteilung der Flüchtlinge aussprechen, in den alten Mitgliedsstaaten sind es 85 Prozent. Wer seine Quote nicht erfüllt, solle weniger Geld von der EU bekommen. Die Botschaft an die EU-Politiker ist ganz klar: Findet eine europäische Lösung, die auf Solidarität basiert und Stabilität bringt. Es ist nicht zu erkennen, dass nicht wenige Politiker in EU hier den Willen ihrer Bevölkerung umsetzen.

Die Wohlfahrtsverbände in München haben seit über 30 Jahren Erfahrungen in der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. In den 90er Jahren haben wir die Flüchtlinge des Balkankrieges, ab 2001 Flüchtlinge aus Irak und Afghanistan beraten und betreut. Die allermeisten haben sich integriert, haben Arbeit gefunden, wenn auch oft nicht in ihrem angestammten Beruf, und sie engagieren sich für ihre neu ankommenden Landsleute, z.B.

als Kulturdolmetscher. Sie sind für uns wichtige Brückenbauer zu den jetzt neu Ankommenden geworden.

Ein soziales und solidarisches Miteinander kann es nur geben, wenn wir alle Gruppen der Gesellschaft mit einbeziehen. Die Zivilgesellschaft gilt es zu stärken. Und sie ist bereit dazu.

Lassen Sie mich in Stichworten sagen, was wir dazu brauchen:

- Eine Bekämpfung der Fluchtursachen in der Herkunftsländern
- Eine europäische Lösung des Zustroms der Flüchtlinge und eine faire Verteilung
- Eine gute Integration der Flüchtlinge und Zuwanderer, denn der Fachkräftemangel ist enorm und unsere Sozialsysteme brauchen die Zuwanderung, um den demografischen Wandel abzufedern.
- Ausreichende finanzielle Mittel für die Integration. Wenn wir das Geld jetzt nicht bereitstellen, wird es in 5 bis 10 Jahren richtig teuer.
- Konzertierte Anstrengungen, um den Wohnungsbau in München voranzubringen.
- Eine gerechtere Verteilung von privatem Vermögen. Es gilt leider immer noch, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Hier muss endlich umgesteuert werden, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinander geht.

Es sind große Aufgaben. Gehen wir sie gemeinsam an und verlieren wir das Ziel, den sozialen Frieden in unserer Stadt zu wahren und eine solidarische Gesellschaft zu gestalten, nicht aus den Augen.